

Editorial

Kurswechsel nach verlorenem Jahrzehnt: Plädoyer für eine progressive europäische Wirtschaftspolitik

Die Finanzkrise 2008 führte zu einer anhaltenden Krise der europäischen Wirtschaft und schließlich auch des politischen Systems in Europa. Die neoliberal geprägte Wirtschaftspolitik der Europäischen Union verschärfte die Krise und bleibt umfassende Lösungen bis heute schuldig: Ein hohes Niveau an Arbeitslosigkeit, Abbau sozialstaatlicher Leistungen, Druck auf Löhne und Kollektivvertragssysteme, ein großer Niedriglohnsektor, prekäre Arbeitsverhältnisse sowie beträchtliche Disparitäten zwischen Mitgliedstaaten und Regionen prägen die Europäische Union nach wie vor. Im Rahmen der politischen Bewältigung der Finanzkrise und ihrer verheerenden Folgen ist in einigen Politikfeldern auch Fortschritt erkennbar. Die Einführung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der Jugendgarantie können als erste Schritte hin zu einem sozialeren Europa angesehen werden, die allerdings entschlossener fortgeführt werden müssen. Die Europäische Union braucht eine Neuausrichtung, welche die soziale und ökologische Transformation in den Mittelpunkt rückt.

Ein verlorenes Jahrzehnt

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 zeigte die eklatanten Konstruktionschwächen der Währungsunion mit ihren heterogenen Volkswirtschaften auf. Erhebliche Ungleichgewichte bei der Leistungsbilanz bestanden schon vor der großen Krise, denn der Währungsunion mangelt es an Instrumenten für eine koordinierte und ausgleichende Fiskal- und Einkommenspolitik. Die gemeinsame Geldpolitik, in der Preisstabilität Vorrang gegenüber Beschäftigung hat, ist nicht ausreichend in der Lage, auf unterschiedliche ökonomische Entwicklungen im Sinne gesamtwirtschaftlicher Prosperität zu reagieren.

Die langsame ökonomische Erholung seit der Großen Rezession sowie die in einigen Staaten anhaltende soziale Krise und aufklaffende wirtschaftliche und soziale Divergenzen zwischen den Ländern hängen eng mit der – weil rein angebotsseitig konzipierten – verfehlten Bekämpfung der ökonomischen Krise zusammen. Nach der Umdeutung der von den Finanzmärkten ausgehenden Wirtschaftskrise in eine

Staatsschuldenkrise wurde 2011/12 insbesondere in den krisengeschüttelten Volkswirtschaften eine harte Austeritätspolitik durchgesetzt, die als einzig möglichen Lösungsweg eine Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch interne Abwertung und strikte Budgetbeschränkungen präsentierte und die Nachfrageseite der Wirtschaft völlig außer Acht ließ. Dieser kontraproduktive Ansatz hat die ökonomische Krise verstärkt, ein Wirken der automatischen Stabilisatoren abgeschwächt und die Staatsverschuldung bis 2014 noch weiter erhöht. In Griechenland und Spanien kam es zu besonders harten Einschnitten, indem eine rigide Kürzungsagenda bei den Sozialleistungen durchgesetzt wurde. Als Fazit bleibt, dass die Austeritätspolitik nicht einmal ihre eigenen Ziele erreichte und zugleich zu einer neuerlichen Rezession und einer Verschärfung sozialer Ungleichheit führte.

Erst in den letzten Jahren stabilisierte sich die wirtschaftliche Entwicklung – auch wegen einer merklichen Flexibilisierung der Fiskalregeln unter der Juncker-Kommission. Die durchschnittliche jährliche reale Wachstumsrate des BIP der EU-27 betrug zwischen 2014 und 2018 2,1%. Die soziale Krise ist aber längst nicht überwunden. Die letzten zehn Jahre müssen daher in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht für große Teile der europäischen Bevölkerung als verlorenes Jahrzehnt bezeichnet werden.

Das verfügbare Medianeinkommen (kaufkraftbereinigt) liegt heute in der EU-27 kaum höher als vor zehn Jahren, und in einigen Ländern gab es sogar dramatische Einbrüche – wie etwa in Griechenland. Das EU-2020-Ziel sieht für den Zeitraum 2008 bis 2020 eine Verringerung der Zahl der von Armut oder von sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen um 20 Mio. vor. Dieses Ziel wird weit verfehlt werden, denn zwischen 2017 und 2020 müsste der Kreis der von Armut Betroffenen um 16 Mio. Personen verringert werden, um es noch zu erreichen. In der Krise rückte die Armutsbekämpfung aus dem Blickfeld und wurde durch die verordnete Kürzung von Sozialleistungen konterkariert.

2018 waren in der EU rund 17 Mio. Menschen arbeitslos – das Ziel der Vollbeschäftigung liegt also in weiter Ferne. Die Arbeitslosenquote liegt trotz ihres starken Rückgangs seit 2013 in der Eurozone noch immer leicht über dem Vorkrisenniveau. In der EU-28 wurde zwar das Vorkrisenniveau 2018 mit einer Quote von 6,8% der Erwerbspersonen leicht unterschritten, aber die Unterbeschäftigung – also Personen, die im Rahmen ihrer Anstellung mehr Stunden arbeiten wollen oder die es aufgegeben haben, eine Stelle zu suchen – ist nach wie vor höher als vor der Krise. Dass die Staaten der Eurozone schlechter abschneiden als die EU-28 insgesamt, liegt auch am engen Korsett der Währungsunion. Vor allem in den von der Austerität besonders hart getroffenen südlichen Euroländern befinden sich die Arbeitslosenquoten deutlich

über dem Niveau vor der Krise. So beträgt die Arbeitslosigkeit in Griechenland noch immer fast 20% und die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jahre) 40% der Erwerbspersonen. Die hohe Arbeitslosigkeit ist nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch problematisch, da sie die Nachfrage eindämmt und die öffentlichen Finanzen belastet.

Durch den Anstieg der Beschäftigung zwischen 2007 und 2018 um fast 8 Mio. Personen sind 6,7 Mio. Frauen und 1,2 Mio. Männer zusätzlich erwerbstätig. Diese positive Entwicklung wird von der Kommission betont. Sie ging allerdings mit einer Zunahme von gering bezahlten und irregulären Beschäftigungsverhältnissen einher. Seit den 2000er-Jahren und infolge der Krise wurden in mehreren Mitgliedstaaten die Unterstützungsleistungen für Arbeitslose gekürzt, obwohl diese entscheidend für eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung sind. In der Eurozone waren 2017 11,5% der Erwerbstätigen trotz Beschäftigung armutsgefährdet (d. h. sie hatten ein Einkommen unter 60% des Medianeinkommens), 2007 waren es 10,3%. Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungsleistungen wird vom ökonomischen *Mainstream* vorangetrieben, weil dadurch Arbeitslose animiert werden sollen, eine Beschäftigung anzunehmen. Dies blendet einerseits die vielfältigen Gründe für Arbeitslosigkeit aus und erhöht andererseits die Unsicherheit der KonsumentInnen, was die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dämpft.

Soziale Initiativen: Jugendgarantie und Europäische Säule sozialer Rechte

Finanzkrise und vermeintliche Krisenbekämpfung führten zu einer dramatischen sozialen Schieflage. Dies veranlasste die EU-Politik einzugreifen. Die Jugendgarantie und die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) waren der Versuch, korrigierend zu wirken. Doch das Ausmaß der Intervention blieb vor allem finanziell bescheiden.

Aufgrund der europaweit hohen Jugendarbeitslosigkeit, die 2013 ihren bisher traurigen Höhepunkt von beinahe einem Viertel (24%) aller Jugendlichen erreichte, führte die EU unter anderem auf österreichische Initiative die sog. Jugendgarantie (Youth Employment Initiative, YEI) ein. Diese Maßnahme stellt bisher das umfangreichste konkrete Programm im Rahmen der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik dar und verfolgt das Ziel, allen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach einem Arbeitsplatzverlust oder nach Beendigung der Schule einen hochwertigen Arbeits- oder Ausbildungsplatz anzubieten. Grundsätzlich sollten neben den Arbeit Suchenden auch jene Jugendlichen berücksichtigt werden, die sich in keiner Ausbildung

befinden. Die Initiative hat aber auch Schwächen: Die Mittelausstattung liegt mit insgesamt 8,8 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020 deutlich hinter dem von ILO und Eurofound errechneten Bedarf von zumindest 45 Mrd. Euro pro Jahr. Hinzu kam eine verzögerte Einführung. Die Jugendgarantie muss zukünftig mit deutlich mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um allen jungen Menschen eine Perspektive bieten zu können.¹

Die Einführung der ESSR im November 2017 zielte auf ein sozialeres Europa ab. Ihre drei Kernbereiche „Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang“, „Faire Arbeitsbedingungen“ und „Sozialschutz und soziale Inklusion“ bestehen aus insgesamt 20 Grundsätzen, wobei die Überwachung anhand eines sozialpolitischen *Scoreboard* unterstützt wird. Die Implementierung in das Europäische Semester zur wirtschaftspolitischen Koordinierung ist jedoch mangelhaft und zeigt die geringe Priorität gegenüber fiskalischen Zielen. Die Europäische Arbeitsbehörde (European Labour Authority, ELA) soll zukünftig dafür sorgen, dass die ESSR für alle Arbeitskräfte innerhalb der EU eingehalten wird. Zudem ist sie ein wichtiger Schritt, um Lohn- und Sozialdumping einzudämmen. Allerdings wird sie bis zu ihrer vollen Funktionsfähigkeit im Jahr 2024 mit insgesamt lediglich 140 MitarbeiterInnen ausgestattet sein. Angesichts der großen Herausforderungen in diesem Bereich ist eine Ausweitung der Interventionsmöglichkeiten und auch der personellen Ressourcen dringend geboten. Trotz der Einsicht der EU-Kommission, dass ein „faires und sozialeres Europa essentiell ist in der Gestaltung der Zukunft der Union“,² steht die soziale Säule noch auf einem brüchigen Fundament. Das entsprechende Dokument ist inhaltlich sehr allgemein formuliert und rechtlich unverbindlich. Zudem beinhaltet es destabilisierende Elemente wie die Forderung nach einer „notwendigen Flexibilität für Arbeitgeber“, die einem progressiven Verständnis von Arbeitsmarktpolitik entgegensteht.³

Die ESSR sowie die Jugendgarantie haben grundsätzlich das Potenzial, sozialen Fortschritt in der Europäischen Union voranzubringen. Um dies zu bewerkstelligen, ist eine deutlich höhere Mittelausstattung unerlässlich.

Reform der Eurozone - wenige Fortschritte

Nach einer ersten Reformoffensive unmittelbar nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, die vor allem die schädliche Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts beinhaltete, versuchte die Juncker-Kommission 2015 ein neuerliches WWU-Reformpaket in Gang zu setzen. Die Maßnahmen im Bereich der Banken- und Kapitalmarkt-

union verdeutlichen, dass die Währungsunion nicht auf die nächste Krise vorbereitet ist.

Bei der Bankenunion, mit der eine gemeinsame Regulierung und Aufsicht erreicht wurde, konnten zwar Fortschritte erzielt und dadurch die Stabilität des Bankensystems erhöht werden. Insbesondere gab es auch (ausbaufähige) Verbesserungen hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung von Banken, hinsichtlich des *Moral-Hazard*-Problems durch die vereinheitlichten Bankenrestrukturierungs- und Abwicklungsregeln und hinsichtlich einer Erwartungsstabilisierung durch gemeinsame Regeln bei der Einlagensicherung. Aber es bleiben bei der Bankenunion zwei wesentliche Lücken bestehen: weder wurde mit einer Bankenstrukturreform das Geschäftsbanken- vom Investmentbankrisiko getrennt, noch gab es Fortschritte bei der Regulierung des Schattenbanksystems, die durch das vermehrte Wachstum von *FinTechs* (Nichtbanken-Unternehmen, oft *Start-ups* aus der IKT-Branche, die einzelne Bankdienstleistungen und/oder -funktionen übernehmen) immer dringlicher wird.

Demgegenüber erscheint die Kapitalmarktunion bereits von der Konstruktion her als eher fragwürdig: Schon bei der Fragestellung und Motivation ist der Blick auf die Ursachen für die Investitionsschwäche nach der Finanzkrise auf die Angebotsseite beschränkt: Unter völliger Vernachlässigung der Umsatzerwartungen der Unternehmen fokussieren die Treiber der Kapitalmarktunion auf die Finanzierungsseite, obwohl mittlerweile quer durch den Euroraum Unternehmen den Zugang zu Finanzierungsmitteln als das geringste Problem identifizieren. Auch kennt die Kapitalmarktunion keine zentralen Säulen wie die Bankenunion. Vielmehr stellt sie einen Mantel dar, unter dem die verschiedensten, nicht immer aufeinander abgestimmten Initiativen vorangetrieben werden sollen.

Darüber hinaus wird konstatiert, dass die Kapitalmobilität in der Eurozone geringer sei als in den USA, ohne hinzuzufügen, dass die Probleme der Kosten der Informationsbeschaffung und die Probleme der Informationsasymmetrie in der Eurozone wesentlich größer sind als in den USA, weil Steuer- und damit verbundene Bilanzierungsrechte nicht einheitlich sind. Statt grenzüberschreitende Finanzierung über den Abbau dieser Informationsprobleme zu erleichtern, setzt der Aktionsplan der Kapitalmarktunion auf die Verbriefung und Verpackung von sowie den Handel mit Krediten an Klein- und Mittelbetriebe. Damit sollen genau jene Finanzierungsmodelle wiederbelebt werden, die nicht unwesentlich zur Krise beigetragen haben: Die Prüfung und die Tragung des Kreditrisikos fallen auseinander, Informationsasymmetrie und Probleme adverser Anreize werden verschärft. Solange es keine harmonisierte Aufsicht und Regulierung über Kapitalmärkte, keine einheitlichen Ansätze in den Bemessungsgrundlagen für die Körper-

schaftssteuer, verbunden mit Mindeststeuersätzen, und kein harmonisiertes Insolvenzrecht gibt, wird es in der Eurozone immer höhere Kosten der Informationsbeschaffung, ein größeres Problem hinsichtlich Informationsasymmetrie und damit Hürden für die effiziente grenzüberschreitende Finanzierung geben. Solange dies der Fall ist, wird die Kapitalmarktunion nur ein Mantel für ein angebotsseitiges Wunsch-Dir-Was der unterschiedlichen Branchen und Akteure bleiben.

Im Fünf-Präsidenten-Papier zur Reform der Eurozone aus dem Jahr 2015 war eine eigene Fiskalkapazität und damit eine makroökonomische Stabilisierung vorgesehen, um auf negative Schocks in Mitgliedstaaten reagieren zu können. Derzeit sind im gültigen EU-Finanzrahmen mit einem Gesamtvolumen von etwa 1% des EU-BIP keine Mittel für diesen Zweck eingeplant. Der Vorschlag Emmanuel Macrons von 2017 ging deutlich weiter und sah ein eigenes Eurozonen-Budget mit einem Volumen von 3 bis 4% des BIP und einen eigenen Finanzminister vor. Darüber hinaus wollte Macron die Konvergenz der Staaten der Eurozone vorantreiben. Mangels Unterstützung anderer Mitgliedstaaten blieb von diesen Vorschlägen so gut wie nichts übrig.

Lediglich einer der problematischen Punkte – ein Topf zur Unterstützung von (angebotsseitigen) Strukturreformen im Rahmen des EU-Budgets – bleibt auf der Agenda. Schlimmstenfalls werden dann – aus den überwiegend von ArbeitnehmerInnen finanzierten EU-Beiträgen – Maßnahmen gefördert, die unter dem Banner der Wettbewerbsfähigkeit Arbeitsrechts- und Sozialabbau bewirken könnten. Achim Truger und Daniel Seikel⁴ halten eine tiefgreifende Reform der fiskalischen *Governance* für politisch unrealistisch, da die nördlichen Länder der Eurozone einen neoklassisch-ordnungspolitischen und die südlichen Länder einen keynesianischen Ansatz verfolgen und diese Pattstellung nicht aufgelöst werden kann. Sie appellieren daher, mögliche Spielräume im vorhandenen fiskalpolitischen Regelwerk auszunutzen, da dies die einzige Möglichkeit ist, den Euro im Krisenfall vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Europa braucht eine progressive Vision

Der Ausgang des Austrittreferendums in Großbritannien 2016 war ein Weckruf⁵ für die europäischen Eliten, für die das *Leave*-Votum völlig überraschend kam. Voraussichtlich wird erstmals ein Mitgliedstaat die EU verlassen. Großbritannien ist mit einem Anteil von 15% am EU-BIP die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU. Der Ausgang des Referendums hängt u. a. mit einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung in Großbritannien zusammen, die auch sinnbildlich für jene in der EU steht. Direkt

nach dem Austrittsvotum erklärte Kommissionspräsident Juncker, dass die EU näher an die BürgerInnen herantreten und stärker für soziale Themen eintreten müsse. Angesichts der bisher gesetzten Maßnahmen fehlt es den formulierten Absichten jedoch an Glaubwürdigkeit, was nicht ohne Folgen für die politische Situation in vielen Ländern bleibt. Die *Anti-Establishment*-Stimmung der BürgerInnen schlug sich bei den Europawahlen im Mai 2019 in Zugewinnen der Rechtsaußenfraktion (ENF) nieder, allerdings weniger stark als erwartet. Rechte Parteien setzen auf eine Spaltung von gesellschaftlichen Gruppen, die gemeinsame Interessen haben. Armutsbekämpfung, existenzsichernde Mindestlöhne, Regulierungen für multinational agierende Konzerne oder die Trockenlegung von Steuersümpfen gehören hingegen nicht zu ihren politischen Prioritäten. Um soziale Themen ernsthaft zu forcieren, sind progressive Antworten erforderlich. Diese müssen eine Zukunftsvision im Interesse der breiten Mehrheit entwickeln und dabei die soziale und ökologische Transformation Europas in den Mittelpunkt rücken.

Progressive Sozial- und Arbeitsmarktpolitik für soziale Transformation

Europäische ArbeitnehmerInnen sind konfrontiert mit existenzieller Verunsicherung und Reallöhnen, die nicht mit dem Produktivitätswachstum mithalten. Diese Entwicklungen werden von den EU-Institutionen durch die Empfehlung neoliberaler Strukturreformen vorangetrieben, die auf den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und die Schwächung von Gewerkschaften im Sinne preislicher Wettbewerbsfähigkeit abzielen. Eine soziale Union muss abkehren vom Pfad einseitiger neoliberaler Strukturreformen und das Ziel der Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik rücken. Großzügigere Arbeitslosenunterstützung in Kombination mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik hat nicht nur den Vorteil, dass die Betroffenen sich weniger existenzielle Sorgen machen müssen, sondern auch, dass sie mehr Zeit in die Arbeitssuche investieren, nicht jedes Niedriglohnangebot annehmen müssen, sich weiterbilden können und so schneller eine passende Stelle finden können. Erforderlich sind daher endlich europaweite soziale Mindeststandards für Versicherungsleistungen von Arbeitssuchenden. Diese könnten sich etwa – im Falle des Arbeitslosengeldes – auf die Nettoersatzrate, die Leistungsdauer, den Anspruch auf Weiterbildung und ähnliche Faktoren beziehen. Davon profitieren ArbeitnehmerInnen in Ländern mit niedrigen Standards.⁶ Gleichzeitig muss aber gewährleistet werden, dass bestehende, gut ausgebaute Sozialsysteme nicht ausgehöhlt werden. Neben der Versicherungsleistung im Falle der Ar-

beitslosigkeit sollte zudem eine angemessene bedarfsorientierte Mindestsicherung für alle EuropäerInnen zur Verfügung stehen. Die Europäische BürgerInneninitiative „Housing for all“ setzt auf bessere Rahmenbedingungen für leistbares und soziales Wohnen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung.⁷

Das Reallohnwachstum der Beschäftigten darf nicht mehr im Sinne einer einseitigen Exportorientierung hinter der Produktivität hinterherhinken. Seit Langem treten die europäischen Gewerkschaften für eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik ein, die sich jeweils an der Teuerung und am mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität orientiert.⁸ Eine Realisierung würde ein inklusives Wachstum für die 240 Mio. unselbstständig Beschäftigten in Europa und die Stärkung der Binnennachfrage ermöglichen. Institutionelle Voraussetzung dafür wäre u. a. ein weit höherer Deckungsgrad der Kollektivverträge. Eine produktivitätsorientierte und solidarische Lohnpolitik sowie ein hoher Erfassungsgrad der Kollektivverträge würden die Einkommensungleichheit reduzieren⁹ und zu einer Aufwärtskonvergenz unter den Mitgliedstaaten führen.

Neben der Stärkung der Sozialpartner sind eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie eine ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen notwendig. Es gibt genügend gesellschaftlich notwendige Aufgaben, deren Wahrnehmung einen enormen Bedarf an Beschäftigung mit sich bringen würde. Der Ausbau sozialer Dienstleistungen wie Pflege- und Betreuungstätigkeiten, der ökologische Umbau der europäischen Wirtschaft und die Umverteilung des Arbeitsvolumens weisen ein enormes Arbeitsplatzpotenzial auf.

Einzelne Kollektivverträge – wie etwa in Deutschland oder Österreich – ermöglichen es ArbeitnehmerInnen, Lohnerhöhungen in Form von einer Reduktion der Arbeitszeiten zu erhalten. Gepaart mit individueller Inanspruchnahme (*Sabbaticals*, Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit etc.) tragen solche Schritte maßgeblich zum individuellen Wohlergehen bei, beugen arbeitsbelastungsbedingte Krankheiten vor und verteilen unbezahlte Arbeit (Kinderbetreuung, Haushaltsführung etc.) gleichmäßiger zwischen den Geschlechtern.¹⁰

Damit die soziale Transformation bewältigt werden kann, sind ausreichende finanzielle Mittel notwendig. Die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung brächte den Mitgliedsstaaten viele Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen. Von Konzernen und Vermögenden finanzierte Lobbying-Organisationen nehmen derzeit eine zentrale Rolle in der Beratung von europäischen ExpertInnen-Kommissionen ein. Sie können ihre Partikularinteressen häufig durchsetzen und behindern progressive Maßnahmen im Sinne der Mehrheit

der Bevölkerung. Zu diesen gehören etwa die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer und einer einheitlichen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage in Verbindung mit Mindeststeuersätzen sowie der konsequente Ausbau von Steuern auf hohe Vermögen.

Stärkung öffentlicher Investitionen für eine ökologische Transformation

Die Europäische Union steht vor der enormen Aufgabe, einen großen Beitrag zur Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu leisten (Pariser Klimaabkommen).¹¹ Deshalb hat sie sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 40% (gegenüber dem Niveau von 1990) zu reduzieren und bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. Die „Fridays for Future“-Demonstrationen bringen die Sorge der jungen Generation zum Ausdruck, dass die gegenwärtigen Anstrengungen bei Weitem nicht ausreichen, um die Erderhitzung in erträglichen Grenzen zu halten. Europa braucht daher koordinierte Klimaschutzinvestitionen in den Bereichen der Energiegewinnung und -verbreitung, der thermischen Sanierung, im öffentlichen Verkehr und der Elektromobilität, in Klimaforschung und vielen anderen Bereichen. Das derzeit niedrige Zinsniveau könnte dafür genutzt werden, diese Vorhaben mit sehr geringen Finanzierungskosten umzusetzen und die Kosten fair auf mehrere profitierende Generationen zu verteilen. Die Fiskalregeln hindern jedoch die Staaten daran, diese umfangreichen Investitionen im notwendigen Ausmaß zu tätigen. Die Einführung einer Goldenen Regel für öffentliche Investitionen stellt dabei das Mindestmaß dar.¹² Joseph Stiglitz,¹³ Ökonomie-Nobelpreisträger, und andere WirtschaftswissenschaftlerInnen regen an, die Sinnhaftigkeit dieser Regeln zu überdenken. Wesentlich ist auch, dass jene stärker in die Pflicht genommen werden, die maßgeblich zur Klimaerwärmung beitragen. Die steuerliche Förderung des Flugverkehrs in Europa muss beendet werden. Stattdessen sind umfassende Investitionen in das öffentliche Vermögen notwendig, wie etwa in den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsstrecken für europaweite Zugverbindungen. Ein gefördertes europäisches Zugticket für alle BürgerInnen könnte das Wirken der EU greifbarer machen und die Vorzüge des emissionsarmen Reisens in den Vordergrund stellen.

Strukturreformen zur Stabilisierung des Finanzmarktes notwendig

Die soziale und ökologische Transformation kann wesentlichen von stabilen Finanzmärkten begleitet und unterstützt werden. Dafür fehlen aber noch wichtige Schritte: Eine Bankenstrukturreform sollte darauf abzielen, den Wertpapier-Eigenhandel von Banken zu beschränken oder sie dazu zu verpflichten, diese mit „eigenem“ Eigenkapital zu hinterlegen. Diese Reform würde das Investmentbankenrisiko vom Geschäftsbankenrisiko trennen und zur Sicherung der Stabilität am Finanzmarkt beitragen. Zudem muss der Hebel für die Fremdkapitalfinanzierung (Relation von Fremdkapital zu Eigenkapital) von Kreditinstituten insgesamt stärker beschränkt werden, weil in systemischen Krisen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass die Risiken schlagartig in die gleiche Richtung laufen und dann das Diversifikationsargument nicht mehr greift. Die Vertiefung grenzüberschreitender Investitionen kann einen Beitrag zur Vertiefung der Union leisten. Dafür bedarf es aber einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in Verbindung mit Mindeststeuersätzen, um bestehende Informationsasymmetrien abzubauen.

Fazit

Die wirtschaftliche und soziale Krise als Folge der Finanzkrise 2008 ist noch nicht überwunden. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union blicken auf ein verlorenes Jahrzehnt zurück. Hinzu kommen vielfältige politische Verwerfungen: Voraussichtlich wird mit Großbritannien erstmals ein Mitgliedstaat die Union verlassen. Trotz der vielen Schwächen in der Bewältigung der Krise gab es gerade in den letzten Jahren erste positive Initiativen hin zu einer sozialeren Union. Die Ausnutzung der Spielräume der Fiskalregeln und die Niedrigzinspolitik der EZB trugen zur wirtschaftlichen Erholung bei. Europa braucht aber deutlich mehr als das: Erforderlich sind eine progressive Vision, in der die soziale und ökologische Transformation der Wirtschaft im Mittelpunkt steht, begleitet von einem weitreichenden Kurswechsel in der Politik.

Die Redaktion

Anmerkungen

- ¹ Rautner, David; Völkerer, Petra; Hofbauer, Silvia, Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Problemlagen, Bewertung bestehender Initiativen und Handlungsoptionen, in: Soukup, Soukup (Hrsg.), Neoliberale Union oder Soziales Europa? Ansätze und Hinder-

- nisse für eine soziale Neuausrichtung der EU (= Sozialpolitik in Diskussion 20, Wien 2019) 86-97.
- ² Juncker, Jean-Claude, Rede am dreigliedrigen Sozialgipfel in Brüssel (18.10.2017).
 - ³ Soukup, Nikolai, Hindernisse und Perspektiven für eine soziale Neuausrichtung der EU, in: Soukup, Soukup (Hrsg.), *Neoliberale Union oder Soziales Europa? Ansätze und Hindernisse für eine soziale Neuausrichtung der EU* (= Sozialpolitik in Diskussion 20, Wien 2019) 10-32.
 - ⁴ Seikel, Daniel; Truger, Achim, Die blockierte Vollendung der Europäischen Währungsunion: Plädoyer für eine pragmatische Nutzung von fiskalischen Handlungsspielräumen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 45/1 (2019) 3-12.
 - ⁵ Editorial, *Der Brexit als Weckruf für einen Kurswechsel in Europa*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 42/3 (2016) 395-404.
 - ⁶ Deutscher Gewerkschaftsbund, *Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Schaffung einer Fiskalkapazität für die Eurozone* (Berlin 2019).
 - ⁷ <https://www.housingforall.eu/at/wohnen-mussleistbar-sein-fuer-alle/> (zuletzt abgerufen am 21.6.2019).
 - ⁸ Editorial, *Eine produktivitätsorientierte und solidarische Lohnpolitik für die EU-Länder*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/2 (2018) 155-167.
 - ⁹ Siehe die Rezension von: Daniel Vaughan-Whitehead (Hrsg.), *Reducing Inequalities in Europe. How Industrial Relations and Labour Policies Can Close the Gap*, in *Wirtschaft und Gesellschaft* 45/1 (2019) 129ff.
 - ¹⁰ Timbeau, Xavier; et al., *The Imperative of Sustainability. Economic, social, environmental (independent Annual Sustainable Economy Survey (formerly iAGS))* (= Materialien zu *Wirtschaft und Gesellschaft* 186, Working-Paper-Reihe der AK Wien, Wien 2019) 7.
 - ¹¹ Siehe die Rezension von: Helga Kromp-Kolb, Herbert Formayer, *+2 Grad: Warum wir uns für die Rettung der Welt erwärmen sollten*, in diesem Heft.
 - ¹² Truger, Achim, *Implementing the golden rule for public investment in Europe. Safeguarding public investment and supporting the recovery* (= Materialien zu *Wirtschaft und Gesellschaft* 138, Working Paper-Reihe der AK Wien, Wien 2015).
 - ¹³ Stiglitz, Joseph E.; et al., *Rewriting the Rules of the European Economy* (Brüssel 2019).